

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

23. Woche für die Zeit vom 3. bis 9. Juni 1893.

Posen, 12. Juni 1893.

Aus der Provinz Posen.

Aus Nr. 124 des Goniec Wielkopolski
vom 3. Juni 1893:

Reichstagskandidat für Bromberg.

Die Straz Polska theilt auf der ersten Seite mit, daß die Bürger der Stadt Bromberg für einen so tüchtigen Kandidaten, wie Herr Eustasius v. Rogalinski sei, dankbar seien, und für denselben stimmen würden.

Es ist jedoch schade, daß Herr Dr. Moczynski nicht gewählt worden ist, er hätte mindestens 2000 deutsche und jüdische Stimmen mehr erhalten, da er in diesen Kreisen seine Rundschaft hat und hohe Achtung genießt.

Vielleicht wird es unseren Lesern nicht unangenehm sein, wenn wir zur Charakteristik des Dr. Moczynski bemerken, daß er der Schwiegerjohn des Vorsitzenden der polnischen Landtagsfraktion Herrn Leo v. Czarinski ist, daß er ein eifriger Patriot ist und auf keinen Fall eine solche Demonstration, wie er sie im BazarSaale hat erdulden müssen, verdient hat.

Als Dr. jur. kann er sich doch wohl mit jedem Delegirten, der die Schulen nicht beendet hat, messen, und sein Doktordiplom ist gleich dem besten Wappen. Herr v. Czarinski wußte, wem er seine Tochter gab.

Auf der vierten Seite derselben Straz Polska lesen wir folgende Bekanntmachung:

Bromberg, den 31. Mai 1893.

Den geehrten Vorsitzenden des Kreiswahlkomitees Herrn v. Mieczkowski-Mieczewo ersuchen wir ergebenst, mit Rücksicht auf den von den Delegirten des Wahlkomitees in Posen gefaßten Beschluß vom 30. Mai d. Zs., welcher jedoch dem Willen der Wähler des Kreises und der Stadt Bromberg nicht entspricht, unverzüglich eine Vorwahlversammlung behufs Aufstellung eines neuen Kandidaten einzuberufen.

Achtungsvoll

Die Mitglieder des Wahlkomitees für Bromberg und Umgegend.

W. Majewski. A. Warczynski. J. Dzielski.

Es ist nicht unsere Sache, doch aus Unparteiligkeit müssen wir danach fragen, mit welchem Recht Herr v. Mieczkowski sich mit der Kandidatur des Herrn v. Rogalinski einverstanden erklärt hat?

Als p. Moczynski durchfiel, hätte p. v. Mieczkowski sofort erklären müssen, daß er einen anderen Kandidaten nicht habe, er hätte sich verbeugen und abreißen müssen. Zu Hause hätte er eine neue Generalversammlung einberufen und für die Aufstellung von drei neuen Kandidaten Sorge tragen müssen. Dies that er nicht, auf ihn fällt also die Verantwortlichkeit für alles das, was sich Schlimmes ereignen kann.

Wie kann nur Herr v. Mieczkowski die schwere Last des Vorsitzenden in Bromberg übernehmen, wenn er selbst etwa 5 Meilen von der Stadt entfernt, an der äußersten Grenze des Kreises und des Regierungsbezirks wohnt!

Diese Opferfreudigkeit achten wir hoch, doch hätte p. v. Mieczkowski einen energischen Vicepräsidenten in Bromberg haben müssen, der so dringende Sachen an Ort und Stelle erledigte.

Aus Nr. 125 des Postep vom 4. Juni 1893.

Aus der kirchlichen Gemeinschaft ausgestoßen.

Aus Bartschin erhielten wir eine ausführliche Zuschrift über die Wählerversammlung in Schubin, welche wir später vollständig bringen werden. Heut wollen wir nur bemerken, daß man sich dort Ungehöriges herausgenommen hat.

Der Dekan Kanski erklärte, daß alle Diejenigen, welche nicht für Herrn v. Komierowski stimmen würden, als Abtrünnige aus der kirchlichen Gemeinschaft ausgeschlossen werden würden, da der Papst selbst befohlen habe, für diesen Kandidaten zu stimmen. Ungeachtet dessen stimmten zwei Drittel für den Gegner des Herrn v. Komierowski, — Brzeski. Da trat der Dekan unter das Volk und stieß die Wähler gleich Hammeln auf die entgegengesetzte Seite. Furchtbare Zustände!

Die Wähler dieses Wahlbezirks erhoben schriftlich Protest beim Provinzialkomitee!

Aus Nr. 128 des Dziennik Poznański
vom 8. Juni 1893:

Reichstagskandidat für den Wahlkreis Bromberg.

Das Provinzialwahlkomitee hat im Einverständniß mit den Delegirten der Stadt und des Kreises Bromberg als Kandidaten für den deutschen Reichstag Herrn Leo v. Czarinski-Zatrzewko aufgestellt; alle Wähler haben nunmehr für diesen zu stimmen.

Posen, den 7. Juni 1893.

Graf Stephan Zoltowski,
Vorsitzender.

Franz Dobrowolski,
Schriftführer.

Stephan Cegielski,
Rendant.

Hd. v. Chelkowski. Probst Dr. Kantecki.

Boleslaus v. Roscielski. Graf Stephan Kwiecki.

Aus Nr. 128 des Dziennik Poznański
vom 8. Juni 1893:

Betrifft Wahlangelegenheiten.

Das Blatt bringt in seiner heutigen Ausgabe einen kurzen Zeitartikel, in welchem auf die Lebhaftigkeit der Wahlbewegung in Westpreußen und im Ermland hinweist, woselbst überall polnische Wählerversammlungen abgehalten worden seien und in den nächsten Tagen noch stattfinden würden. In der Provinz Posen sei dagegen eine vollständige Stille eingetreten, die Schuld daran sei hauptsächlich der Agitation des Drendownik und dessen Redakteurs Dr. Szymanski zuzuschreiben, denn von allen verständigen und überlegten Männern, welche nicht wollten, daß die Wählerversammlungen ein Schauplatz des Aergernisses würden, sei die Absicht, neue Versammlungen einzuberufen, aufgegeben worden und die ganze Thätigkeit beschränkt sich auf die Vertheilung der Wahlzettel.

Der Drendownik könne sich zu diesem Erfolge Glück wünschen. Diese Unthätigkeit der hiesigen Polen sei ein großer Nachtheil, welchen die Sozialdemokraten, die eine energische Agitation entwickelten, ausnützen würden. „Es kann kommen,“ — bemerkt das Blatt zum Schluß wörtlich — „daß es hier, wo Stephan Giegelski unser legaler Kandidat ist, wo wir von vornherein als Sieger hervorgingen, zu einer Stichwahl kommen wird. Und wer trägt die Schuld daran? Wir wiederholen es nochmals: vorwiegend und hauptsächlich der Drendownik.“

Die Sozialisten sind auch anderwärts eifrig thätig und werden auch dort viele Stimmen erobern. Würde dies aber der Fall sein, wenn wir während des Kampfes einmütig, Hand in Hand uns an die Wahlurne begäben und uns erst nach beendigter Wahl, wenn es schon sein muß, über politische Strömungen und Ansichten zankten? Jetzt ist keine Zeit dazu, indem wir uns zanken, arbeiten wir lediglich für unsere Gegner.

Den Bürgereifer in Westpreußen und Schlesien hervorhebend und demselben die gebührende Hochachtung zollend, verzeichnen wir mit lebhaftem Bedauern dasjenige, was bei uns geschieht und fordern dringend zur Eintracht und zur Arbeit bei den bevorstehenden Wahlen auf, damit es gelinge, die von dem Provinzial-Wahlkomitee aufgestellten Kandidaten durchzubringen.

Aus Nr. 124 des Orendownik
vom 3. Juni 1893:

Das Provinzial-Wahlkomitee hat die Ernennung der Kandidaten unter Erlaß eines Aufrufs vorgenommen. In demselben wurde auch der Opposition gegen die in Posen und anderen Orten vom Komitee aufgestellten Kandidaten gedacht, und der Vorwurf erhoben, die Gegnerschaft habe „durch unverbesserliche Unruheftifter die verbrecherische Loosung zum Aufruhr und zum Bruch der Einmütigkeit erlassen, welche letztere seit den Zeiten der denkwürdigen Konstitution vom 3. Mai in löblicher Weise festgehalten worden sei.“

Wir begreifen nicht, wie die Centralwahlbehörde sich in dieser Weise öffentlich bloßstellen kann. Wie kann das Provinzial-Komitee Diejenigen, welche den Kandidaten des Komitees Mißtrauen entgegenbringen, Unruheftifter nennen? Die Herren führen in den Versammlungen aus, daß die Politik der Fraktion unserer Nation Milderungen verschafft habe, wie dies die Ernennung eines polnischen Erzbischofs beweise. Letzteres ist zwar wahr — jedoch ist unsere Bürgerschaft in nicht voll zwei Jahren in zwei feindliche Lager gespalten worden.

Diese Thatfache verdankt ihr Bestehen dem Umstande, daß unsere Bevölkerung es ablehnte, sich dem Willen der Herren Koscielski und Komierowski zu beugen, sich nicht durch Versprechungen täuschen und nicht von der politisch rechtlichen Grundlage ihrer preussischen Staatszugehörigkeit auf den schlüpfrigen Boden bedientenhafter Loyalität Koscielski'scher Observanz drängen ließ. Der Widerstand gegen eine so geartete Politik ist rechtlich und moralisch und in dem Interesse der nationalen Ehre begründet; wie kommt also das Komitee dazu, die Gegner unverbesserliche Unruheftifter zu nennen?

Weshalb soll die Loosung, die Versammlungen und die Solidarität zu sprengen, verbrecherisch genannt zu werden verdienen? Sie, meine Herren, haben früher eine Protestheze in Szene gesetzt, jetzt haben Sie sich in aller Form in preussischer Loyalität und werfen sich für die deutsche Armee ins Zeug. Solchen Loyalisten, wie Koscielski und Komierowski, solchen Verfechtern der Militärvorlage, wie den Herren Dyzkowski aus Bonkowo, Karłowski aus Grombnowo, Propst Dziedzinski aus Kröben, der Propst Byczynski aus der Nekegegend, welche uns mit den Kosaken schrecken, solchen Geistlichen, die in unbegreiflicher Weise die Person des Erzbischofs in den Wahlkampf ziehen, — Loyalen dieser Art wird die preussische Regierung keine Zugeständnisse machen, da dieselben sich ja selbst in aufdringlicher und lärmender Weise Berlin auf Gnade und Ungnade ergeben.

Diese Politik kann das polnische Volk nur verderben. Darum ist es nicht allein nicht verbrecherisch, sondern geradezu eine politische Gewissenspflicht des Polenthums, sich aufzulehnen. Und da wir eine Spaltung noch nicht herbeigeführt haben, befinden wir uns auf dem Boden der preussischen Verfassung und des Versammlungsrechts, wenn wir aufforderten und noch auffordern, daß die Opposition sich mauerfest den Kandidaten des Komitees gegenüberstellen solle, selbst wenn die Versammlungen und die Solidarität darüber in Stücke gehen sollten.

Bis zur vollendeten Spaltung bedienen wir uns des Rechts der Nothwehr.

Meine Herren, Sie berufen sich auf die nationale Zusammengehörigkeit und auf die Konstitution vom 3. Mai. Heiliger Gott! Seit jenem Tage haben Sie Alles gethan, um diese Solidarität zu zerbrechen und jetzt noch treten Sie auf den Felsen herum! Die nationale Solidarität ist doch kein leerer Schall, und was haben Sie daraus gemacht? Sie haben dieselbe der ganzen Welt preisgegeben, haben sie in Paris und Dresden zu Grunde gerichtet, haben sie daheim den Juden und Deutschen als Beute in den Schoß geworfen und liefern sie jetzt der Kolonisation aus! Haben Ihnen nicht die Herren L. und J. Czajla in Snowrazlaw gesagt, daß sie durch dreißig Jahre hoher Politik die Nation an den Abgrund gebracht haben? Hat Ihnen nicht dieser Tage die „Posener Zeitg.“ auf den Kopf gesagt, daß Sie die „Unverbesserlichen“ seien, da Sie in der Jetztzeit heiliges polnisches Land an Deutsche verkaufen?

Die Nation trennt sich von Euch; sie will von Eurer „Solidarität“ nichts wissen, von diesem über-tünchten Grabe, dem Abgrund der nationalen Sache, und ihr wollt von „unverbesserlichen Störenfriedern“ fasseln?

Gott müßte sein Antlitz vom Polenthum abwenden, wenn Eure Solidarität die unsere sein sollte! Haltet inne, denn in Eurem Arsenal habt Ihr nur noch Schimpfworte wie: Sozialisten, Schreihälse, Buschklepper, Verbrecher. Diese Waffen sind jedoch unzureichend.“

Aus Nr. 126 des Oꝛedownik
vom 6. Juni 1893.

Das Wahlkomitee der Provinz Posen hat in Uebereinstimmung mit den Kreis-Delegirten von Lissa und Fraustadt als Kandidaten für den deutschen Reichstag für den Wahlkreis Lissa-Fraustadt den Baron Herrn Stanislaus v. Chlapowski auf Szoldry bezeichnet.

Auf ihn haben sich also die Stimmen aller Wähler zu vereinigen.

Posen, den 3. Juni 1893.

Folgen die Unterschriften der Mitglieder
des Provinzial-Wahlkomitees.

Aus Nr. 124 des Dziennik Poznański
vom 3. Juni 1893:

Versammlung katholischer Lehrer.

Gnesen, den 31. Mai 1893.

Die Vortheile, welche aus der Bildung eines eigenen katholischen Lehrervereins entspringen, haben wir bereits im vorigen Jahre in Ihrem Blatte geschildert und dem Beispiele des Dziennik folgten unsere übrigen polnischen Blätter. Es erübrigt sich daher, daß ich mich hierüber noch des Weiteren auslasse. Ich wunderte mich nur, daß in unserer Stadt, dem Hauptsitz des Erzbischofs, sich bis jetzt kein derartiger Verein gebildet habe, zumal wir an der Johannischule allein etwa 15 katholische Lehrer haben.

Endlich ist diesem Bedürfnisse einigermaßen Abhilfe geschaffen worden, denn am heutigen Tage fand in der Domschule eine von dem Komitee katholischer Lehrer einberufene Versammlung behufs Gründung eines solchen Vereins für Gnesen und Umgegend statt.

Ob nun die Zeit, nämlich der Tag vor dem Frohnleichnamsfest eine unglücklich gewählte war, oder ob die durch nichts entschuldigte Gleichgültigkeit der Lehrer daran Schuld war, kurz die Zahl derselben war in der Versammlung eine sehr geringe und von den hiesigen Lehrern ist auch nicht Einer erschienen. Zahlreich dagegen war unsere hochverehrte Geistlichkeit vertreten; es erschienen: der Domherr Rwiatkowski, der Seminarregens Goczowski, die Präbste Soltysinski und Poturalski und einige andere Gäste.

Die Versammlung wurde vom Lehrer Schwemin aus Pustochowo eröffnet und nachdem derselbe auch den Vorsitz übernommen hatte, ertheilte er dem Domherrn Rwiatkowski das Wort. Der verehrte Herr Prälat drückte sein Bedauern über die Gleichgültigkeit der Leiter unserer Jugend einer so wichtigen Sache gegenüber aus, gab jedoch der Hoffnung Raum, daß die Bemühungen des Komitees von günstigem Erfolg gekrönt sein werden, denn der Zweck des Vereins bestehe darin, die gefährlichen Umsturzbestrebungen der Gegenwart durch religiöse Erziehung der Jugend und durch Kräftigung der eigenen Ueberzeugung in derselben zu beseitigen.

Hierauf hielt der Vorsitzende einen Vortrag über das Thema: „Weshalb beabsichtigen wir einen Verein katholischer Lehrer zu bilden?“ Dieser mit Sachkenntniß ausgearbeitete Vortrag fand allgemeine Anerkennung.

Die Versammelten haben, trotz der geringen Theilnahme der Eingeladenen, beschlossen, für Gnesen und Umgegend einen katholischen Lehrerverein zu gründen, zu welchem Zwecke binnen Kurzem eine zweite Versammlung einberufen werden wird, um in derselben die Satzungen des neuen Vereins, nach dem Muster des Bromberger Vereins vorzulegen und durchzuberathen.

Möge der neue Verein blühen und reiche Früchte tragen!

Aus Nr. 125 des Goniec Wielkopolski
vom 4. Juni 1893.

Frohnleichnamsprozession.

Etwas Kulturkampf schadet nach 20 Jahren nichts. Die Frohnleichnamsprozession in Inowrazlaw ist von der Polizei angehalten und den Theilnehmern an derselben befohlen worden, nach Hause zu gehen. Die Fahnenträger ergriff man bei den Schultern und schickte sie in die Kirche zurück und zwar aus dem Grunde, weil der Probst versäumt hat, die Erlaubniß nachzusuchen.

Den Inowrazlawern ist dies sehr gesund, wozu haben sie den Herrn v. Roscielski gewählt? Jetzt haben sie einen handgreiflichen Beweis für die Zuverlässigkeit des neuen Kurjes.

Aus Nr. 127 des Wielkopolanin
vom 7. Juni 1893:

Ein unerhörter Vorfall

ereignete sich am Frohnleichnamsfeste in Inowrazlaw. Eine zahlreiche Menschenmenge hatte sich zu dieser hohen Feier versammelt und hielt den Marktplatz und die der Kirche benachbarten Straßen besetzt. Ungefähr um 9 Uhr setzte sich die Prozession, geführt von einer Militärkapelle nach den Altären zu in Bewegung. Raum hatte die Prozession den Marktplatz betreten, so schritt ein Polizeibeamter ein und unterfragte die Fortsetzung des Umzuges. Die zehntausendköpfige Menge konnte nicht so leicht aufgehalten werden. Infolgedessen ordnete ein Polizeikommissar unterstützt von drei Beamten das Auseinandergehen an, worauf die Fahnenträger von der Polizei an den Schultern gepackt und gezwungen wurden, die entgegengesetzte Richtung einzuschlagen. Das Volk war entrüstet und nur den beschwichtigenden Worten des Propstes gelang es, die empörten Gemüther zu beruhigen. Wahrscheinlich hatte der Kirchenvorstand den Umzug polizeilich zu melden vergessen und darum erfolgte der unerhörte Befehl, die zu der feierlichen Handlung versammelten Volksmassen auseinanderzutreiben.

Unserer Meinung nach hat die Polizei ungehörig gehandelt, indem sie sich zu genau an den Wortlaut des während des Kulturkampfes erlassenen Gesetzes hielt. Heutzutage, da Bismarck aufgehört hat, die Gefühle des katholischen Volkes zu beunruhigen und zu reizen, verträgt sich ein derartiges Auftreten der Polizei nicht mit der Ueberzeugung der höheren Behörden, und wahrscheinlich wird die Inowrazlawer Polizei hierfür einen Tadel erhalten.

Tatwoller wäre es gewesen, den Umzug zu gestatten und sodann den Kirchenvorstand wegen Verletzung polizeilicher Vorschriften zur Verantwortung zu ziehen. Auf diese Weise wäre „der Wolf“ gesättigt und die Ziege unverfehrt geblieben.“

Aus Nr. 125 des Kuryer Poznański
vom 4. Juni 1893.

Aus dem Gebiet der Schule.

Wollstein, den 2. Juni.

„Am Montag wurde in unserem Orte die Konferenz der katholischen Lehrer abgehalten, an welcher auch der jüdische Lehrer Herr Becker aus Wollstein amtlich theilnahm. Den Vorsitz führte der protestantische Kreis-Schulinspektor Dr. Raute von hier. Derselbe hatte dem Rektor der hiesigen katholischen Schule, Herrn Niedenzow folgendes Thema zur Bearbeitung und zum demnächstigen Referiren übertragen: „Die Erziehung der verwahrlosten Kinder.“ Korreferent war Herr Becker.

Der Vortragende hatte die ihm gestellte Aufgabe sichtlich vom christlich-katholischen Standpunkte aus aufgefaßt und dieselbe zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst.

Der Korreferent griff als Jude die ausnahmslos auf christliche Grundsätze gestützten Ausführungen des Referenten nicht allein an, sondern verurtheilte dieselben sogar. So verwarf er auch die Ansicht, daß nur die wahrhaft christliche Mutter ihre Kinder gut erziehen könne und suchte unter Beweis zu stellen, daß die jüdische Mutter hinsichtlich der Kindererziehung weit über der christlichen stehe, da es keine verwahrlosten mosaischen Kinder gebe. Infolgedessen mangle es auch an Anstalten für dieselben, welche etwa die Aufgabe hätten, die jüdischen Mütter in der Kindererziehung zu unterstützen. Das sei ein Beweis, daß das Judenthum bezüglich der Erziehung der Kinder eine höhere Stellung einnehme als das Christenthum, weshalb die christlichen Erziehungsgrundsätze nicht als die alleinseligmachenden anerkannt werden könnten. Sich über den Einfluß der Kirche auf die Jugenderziehung verbreitend, gestattete sich Herr Becker angesichts katholischer Lehrer, der katholischen Geistlichkeit, den Vorwurf zu machen, „daß dieselbe an der Verführung vieler Kinder die Schuld trage.“

Herr Becker verlas sein Korreferat schnell, daher war es unmöglich, alles zu behalten; genug, — die Entrüstung der Lehrer war groß und man gab der selben laut Ausdruck. Der Unwille erreichte den Höhepunkt, als der Herr Schulinspektor auf Herrn Beckers Seite trat und dessen Ausführungen billigte. Auf den allgemeinen Ruf „Schluß, Schluß“ wurde die Konferenz geschlossen. Herr Dr. Raute war augenscheinlich durch die Entrüstungskundgebungen der ihm unterstellten Lehrer erschreckt worden und bat dieselben, nichts in die Presse zu bringen.

In unserer Stadt herrscht große Erbitterung gegen den Schulinspektor, und zwar nicht allein bei Katholiken, sondern auch bei Protestanten. Jeder fragt sich, welchen Zweck er damit verband, daß er einen Juden zum Korreferenten bestellte. Ist dies taktvoll und überlegt zu nennen? Und endlich ist es ganz unbegreiflich, wie der Herr Schulinspektor Allen zum Aergerniß Herrn Beckers Beweisführung unterstützen konnte.

Ich weiß nicht, ob man sich beschwerdebejährend an die Regierung wenden wird, — jedenfalls wäre es angebracht, wenn dieselbe, nachdem sie durch diese Korrespondenz von dem Vorfall Kenntniß erhalten, sogleich eine Untersuchung veranlassen und dem verletzten christlichen Gefühl der katholischen Lehrer Genugthuung verschaffen würde.“

Aus Nr. 127 des Dziennik Poznański
vom 7. Juni 1893:

Betrifft die Schulaufsicht.

Wie uns mitgetheilt wird, ist die Aufsicht über den katholischen Religionsunterricht in den hiesigen Gemeindeschulen, welche bis jetzt von mehreren Personen ausgeübt wurde, auf Antrag der geistlichen Behörde ausschließlich dem Geistlichen Dr. v. Strzyblewski übertragen worden.

Der neue geistliche Schulinspektor wird nach Einsichtnahme der Unterrichtspläne sich bald die Uebersetzung verschaffen, daß in den hiesigen beiden Mittelschulen und in der Bürgerschule verschiedene Aenderungen in Bezug auf den Religionsunterricht erforderlich sind. Diesem Unterricht müssen nicht zwei, sondern vier Stunden wöchentlich und außerdem noch eine Stunde dem Kirchengesange gewidmet werden. Ferner muß eine Reform der katholischen Religionsabtheilungen vorgenommen werden. Gegenwärtig befinden sich nämlich in den vorerwähnten Anstalten

in einzelnen Abtheilungen Schüler verschiedener Stufen in einer Klasse vereinigt.

Die Schulbehörde wird hoffentlich, um zu beweisen, daß ihr die religiöse Erziehung der Schulkinder ernstlich am Herzen liegt, die diesbezüglichen Bemühungen des geistlichen Inspektors unterstützen.

Aus Nr. 125 des Oredownik
vom 4. Juni 1893:

Die polnischen Kreditgenossenschaften.

Der Oredownik brachte vor einigen Tagen ein „Eingekandt“ aus Schroda, in welchem die Behauptung aufgestellt war, „daß die polnischen Kreditgenossenschaften schlecht stünden. Der Patron derselben, Propst Wawrzyniak in Schrimm wehe Niemanden, selbst den Aufsichtsrath nicht, in den eigentlichen Stand der dortigen Genossenschaft ein, verfüge eigenmächtig über die Geldmittel derselben, bewillige einzelnen Klienten entgegen den Beschlüssen des Aufsichtsraths größere bis zur Höhe von 90 000 Mark sich erstreckende Anleihen und werde, wenn er einmal sein Amt niederlege, ein Chaos zurücklassen. Reformen seien dringend nothwendig.“

Diesen Behauptungen tritt der Aufsichtsrath der genannten Genossenschaft in einer „Berichtigung“ entgegen, die in der heutigen Nummer des Oredownik Platz gefunden hat. Darin wird Folgendes ausgeführt: Jede größere Anleihe werde vom Vorstande im Einverständniß mit der Revisionskommission, die sich aus Mitgliedern des Aufsichtsraths zusammensetzt, vergeben. Bisher habe die Bank durch die Bewilligung solcher größerer Anleihen noch keine Verluste erlitten. Als sich vor 1½ Jahren das Gerücht verbreitete, Propst Wawrzyniak werde Schrimm verlassen, beschloß der Aufsichtsrath in einer am 28. Januar 1893 abgehaltenen Sitzung, daß die höchsten zu vergebenden Anleihen bis zum 1. April 1894 20 pCt. des eisernen Fonds nicht überschreiten dürften. Der Vicepatron Dr. Rzepnikowski habe bei der am 10. und 11. Mai d. Js. abgehaltenen Revision der Schrimmer Kreditgenossenschaft sich veranlaßt gesehen, hervorzuheben, daß lediglich der rühmlichen Einmüthigkeit zwischen Aufsichtsrath und Patron der günstige Stand und die einwandfreie Geschäftsführung der Kasse zu verdanken seien. Da die Revisionskommission in allwöchentlichen Sitzungen sämtliche Angelegenheiten der Bank prüfe, sei der Vorwurf, der Aufsichtsrath sei uneingeweiht, durchaus ungerechtfertigt.“

Auf diese Berichtigung antwortet eine Zuschrift aus Thorn, die den kläglichen Zustand und die leistungsfähige Geschäftsführung der dortigen Kreditgenossenschaft ziffermäßig klarlegt und damit den Beweis dafür für erbracht hält, daß Propst Wawrzyniak unmöglich Patron der Genossenschaften und zugleich Abgeordneter sein könne, da erstere Vertrauensstellung alle Kräfte eines Mannes absorbire. Der Passus, welcher die Mißwirthschaft in der Thorner Kreditgenossenschaft schildert, lautet in wörtlicher Uebersetzung so:

„Am 30. April d. Js. wurde hier die Generalversammlung unserer Genossenschaft abgehalten, wobei Herr Rechtsanwalt Wyczyński aus Straßburg i. Wpr., welchem die Revision der Kasse übertragen worden war, uns die unliebsame Eröffnung machte, daß in unserer Kasse ein Fehlbetrag von 52 413 Mk. bestände, und daß zur Beseitigung dieses Defizits kein anderer Ausweg übrig bleibe, als 90 pCt. der Antheile abzuschreiben, worauf die Versammlung endlich einging. Leider hat dieses radikale Mittel, die Kassenangelegenheiten der Genossenschaft wieder zu ordnen, ausschließlich die ärmeren Klassen unserer Bevölkerung betroffen,

da die Wohlhabenderen und Vorsichtigeren, die den Braten rochen, sich bei Zeiten salvirten.

Die Ursache der Verluste bildete eine ganze Reihe von Fehlern, welche bei ähnlichen Vorfällen die Hauptfaktoren darstellen, nämlich der Mangel einer genaueren Kontrolle, Charakterschwäche, Nachlässigkeit, Leichtsin, Unzuverlässigkeit der amtlichen Leitung und zum Theil gradezu Diebstahl.

Die Kassenbücher befanden sich in gräßlicher Unordnung, die Wechsel waren falsch abgestempelt, ein bedeutender Theil derselben seit vielen Jahren verjährt; andre entbehrten jeden wirklichen Werthes und zur Zugabe hatte der frühere Kassirer ungefähr 15 000 Mk. veruntrent.

Die Verhältnisse, denen die Früchte jahrelangen Sparens Unbemittelter zum Opfer fielen, haben sich natürlich nicht erst in der Nacht vom 29. zum 30. April herausgebildet, sondern sie existirten seit Jahren. Um so mehr fällt es auf, daß sie dem wachsamem Auge so erfahrener Revisoren, wie des Propstes Wawrzyniak und des Dr. Rzepnikowski entgehen konnten. Dieselben haben während der letzten Wochen vor der Katastrophe mehreremale unsere Genossenschaft revidirt und dann erst ihr Amt in die Hände des Herrn Wyczyński niedergelegt, als bereits die Spaken auf den Dächern von den in unserer Genossenschaft herrschenden Zuständen piffen.

Erklären läßt sich dies lediglich daraus, daß Propst Wawrzyniak und Dr. Rzepnikowski zuviel auf dem Kopfe haben, um allen ihren Pflichten gerecht werden zu können, und daß es ihre Zeit nicht erlaubt, zu untersuchen, wie ein Defizit von — eine Bagatelle — 52 413 Mk. entstehen und eine Summe von 15 000 Mk. veruntrent werden kann. Hieraus folgt jedoch, daß beide Herren besser thäten, ihre Kräfte ausschließlich einer so unerhört dankbaren und wichtigen Aufgabe zu widmen, wie die Fürsorge für das Bestehen und das Geschick unserer Genossenschaften sie stellt, anstatt ihr Wissen und Können zu zerplittern.

Aus Nr. 128 des Postep
vom 8. Juni 1893:

Die Rentengüter.

Wie bekannt, hat die Regierung die sogenannten „Rentengüter“ ins Leben gerufen, indem sie auf Grund eines entsprechenden Gesetzes ländlichen Grundbesitz aufkauft und solchen sodann parzellirt und gegen Renten verkauft.

Da bekannt gemacht war, daß jene Parzellen nicht allein von Deutschen und Juden, sondern auch von Polen erworben werden könnten, ließen sich auch viele unserer Landsleute zum Ankauf solcher herbei.

In Krzyzownik bei Posen verkaufte die Regierung ebenfalls einige Rentengüter an Polen. Da nun der Kaufpreis ein verlockender schien, verkaufte unter anderen auch der Wirth Joseph Bielucha aus Strzeszyn seine dortige Wirthschaft, um eine mit den nöthigen Baulichkeiten versehene Parzelle in Krzyzownik zu erwerben. Nachdem er die kontraktlichen Bedingungen bereits im verflossenen Jahre angenommen und unterschrieben hatte, zahlte er, nach der Forderung des Kontraktes 4200 Mark ein und übersiedelte nach Krzyzownik, um daselbst nach besten Kräften durch fleißige Arbeit die Abgaben und die Rentenquote zu erschwingen. Auf den 12. Mai des Jahres wurde von dem Regierungsrath der Spezialkommission für die Ansiedelung für die Kolonisten von Krzyzownik ein Termin anberaumt, ohne daß der Zweck desselben angegeben wurde. Der genannte Herr erschien zu dem Termine.

Die versammelten Rentengutsbesitzer erfuhren zu ihrem großen Staunen von dem Herrn Rath, daß mit dem 1. Mai d. Js. ein neues Gesetz erlassen worden sei, welches höhere Einzahlungen, als die im Vorjahre unter beiderseitigem kontraktlichen Uebereinkommen festgesetzten erfordere, so zwar, daß Herr Bielucha z. B. nach den Angaben des Herrn Rathes einen Nachschuß von 4000 Mark leisten sollte, und die übrigen Ansiedler kleinere oder größere dem Umfang ihres Besitzthums entsprechende Quoten.

Einige der Anwesenden erklärten sich durch Unterschreiben des Protokolls mit den Forderungen des Herrn Rathes einverstanden. Herr Bielucha erklärte jedoch, keine Unterschrift leisten zu wollen. Er berief sich auf seinen Kontrakt, welcher doch im verflossenen Jahre, und nicht erst nach dem 1. Mai 1893 abgeschlossen worden sei, also lange vor dem Erlaß des neuen Gesetzes. Hierauf ermäßigte der Herr Rath seine Forderung auf 2000 Mark. Als Herr Bielucha sich auch jetzt noch und zwar mit der Ausführung widersetzte, daß das neue Gesetz doch vor dem Abschließen der Kontrakte hätte zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden müssen, ging Herr Rath bis auf 1000 Mark herunter, aber trotzdem verweigerte Bielucha Zahlung und Unterschrift.

Seit jener Zeit herrscht unter den Ansiedlern große Bestürzung. Einige meinen, der Herr Rath sei berechtigt, eigene Anordnungen zu treffen, andere behaupten das Gegentheil und wundern sich darüber, warum dieser Beamte seine Bedingungen nicht vor dem Abschluß der Kontrakte gestellt habe.

Wir veröffentlichen die ganze Angelegenheit deshalb, um Jedermann darüber zu unterrichten, wie die Parzellirung in Krzyzownik gehandhabt wird und knüpfen die Mahnung daran, daß sich jeder Kauflustige die Sache erst vorher reiflich überlegen möge. Würde die polnische landschaftliche Genossenschaft ebenso verfahren?“

Aus der Provinz Westpreußen.

Aus Nr. 65 der Gazeta Gdańska
vom 3. Juni 1893:

Entgegen der Meldung verschiedener polnischer Blätter, daß der vom Provinzial-Wahlkomitee aufgestellte Kandidat für Stuhm-Marienwerder, S. von Donimirski wegen seiner Abstimmung für die Militärvorlage gezwungen sein werde zu resigniren, erklärt das Kreiskomitee in der heutigen Nummer der Gazeta Gdańska:

Für den Wahlkreis Stuhm-Marienwerder bleibt unser Kandidat der frühere Abgeordnete Herr Heinrich von Donimirski aus Hintersee bei Stuhm.

Wir bitten, ihn am 15. Juni zu wählen!
Das Kreiskomitee.

Das Wahlkomitee für Danzig Land erläßt folgenden Aufruf:

Katholische Brüder!

Die Wahlen zum Reichstage finden Donnerstag den 15. Juni statt. Unser Kandidat für Danzig Land ist

Herr Viktor Kulerski aus Zoppot,
ein sehr eifriger Katholik und Pole.

Uns, den katholischen Polen, geschieht großes Unrecht. Unsere Kinder werden unter Schädigung ihrer Seelen und ihres Seelenheils in der Schule germanisirt. Zu den Aemtern werden selten Polen zugelassen. Ja, die Germanisation reicht hier und da bereits in die Tempel des Herrn unter Schädigung unserer religiösen Interessen. Groß und fühlbar ist dies Unrecht, da es unsere Bevölkerung an Leib und Seele beeinträchtigt. Erfolgreich kann uns nur ein solcher Abgeordneter schützen, der dem Polenvolke entstammt und die Leiden desselben mitempfindet. Ein derartiger Abgeordneter ist Herr Viktor Kulerski aus Zoppot. Er wird Sorge tragen, daß unserer katholischen Kirche alle ihre zustehenden Rechte gewährt werden, daß das Germanisiren aufhöre, daß in den Schulen unsere Muttersprache, besonders in den Religionsstunden, Geltung erlange, und daß endlich unsere ungünstige materielle Lage gemildert und die Steuern herabgesetzt werden. Gläubige polnische Katholiken! Wenn der Glaube und die ihm von Gott gegebene Sprache theuer sind, der gebe am 15. Juni einen Wahlzettel mit dem Namen Viktor Kulerski aus Zoppot ab. Hört auf keine Abmahnungen und böse Rathschläge; laßt Euch durch Niemand verleiten sei er auch Euer Glaubensgenosse! Stoßt jeden Hezer und Judas, der Euch zu verrathen beabsichtigt von Euch! Stimmt nur für Denjenigen, der unser Elend kennt, der selbst unserer armen Nation entstammt und Euch also allein vertheidigen kann. Ein solcher Mann ist eben Herr Viktor Kulerski aus Zoppot.

Das Kreisomitee.

Aus den Zeitungen Oberschlesiens.

Aus Nr. 64 des Katolik vom 3. Juni 1893:

Betrifft die Reichstagswahl.

Der Katolik bringt in seiner heutigen Ausgabe einen längeren Artikel über die bevorstehende Reichstagswahl, empfiehlt auf das Wärmste den Kandidaten Major Schmula und äußert sich über die Militärvorlage unter Anderen folgendermaßen:

„Was die Heeresvermehrung anbetrifft, so sind wir der Ansicht, daß wir so viel Militär haben, um unbekümmert um Deutschlands Fortbestand sein zu können. Das kleine Bulgarien fürchtet ja Rußland nicht, um wie viel weniger hat das große Deutschland hierzu eine Veranlassung! Ist Militär an der Grenze nöthig, so nehme man solches aus Berlin, woselbst fast 150000 Soldaten zur Parade bereit stehen. Wenn auch 60000 an die Grenze geschickt würden, bleiben in Berlin immer noch gegen 100000. Das Bestehen Deutschlands hängt nicht von der Vermehrung des Heeres ab, sondern von den gegenwärtigen internationalen Verhältnissen, die den Russen, falls sie Krieg anfangen wollten, mit dem Untergange drohen. Es ist daher kein Wunder, wenn 100 unserer Abgeordneten nicht die Ueberzeugung gewinnen konnten, daß es an Militär mangle.“

Aus Nr. 64 der Nowiny Raciborskie vom 1. Juni 1893:

Betrifft die Reichstagswahlen.

Die polnische und mährische Bevölkerung wird immer noch von den deutschen Blättern dadurch verwirrt, daß dieselben ihr die Pfarrer Frank und

Nehrlich als Zentrumskandidaten vorschlagen. Die Heuchelei und Arglist dieser Blätter ist sehr groß. Einerseits drücken sie anscheinend ihr Bedauern über den Zerfall und den Untergang des Zentrums aus, andererseits aber tragen sie selbst noch dazu bei, indem sie solche Kandidaten in Vorschlag bringen, welche der Zentrumsparthei nicht beitreten können, und auch vom Zentrum nicht angenommen werden würden. Angesichts dieses erklären wir nochmals: Weder der Pfarrer Frank noch der Pfarrer Nehrlich sind Zentrumskandidaten, weil sie sich für die Militärvorlage und für neue Steuerlasten erklärt haben. Das Zentrum aber, das alte Windthorst'sche Zentrum, hat offen und deutlich erklärt, daß es nur solche Abgeordneten aufnehmen werde, die entschieden und von vornherein sich gegen die Vorlage erklären werden. Keinen Anderen!

Derjenige also, welcher die Kandidatur eines Abgeordneten unterstützt, der für die Vermehrung des Heeres stimmen will, legt selbst mit Hand an die Sprengung der Zentrumsparthei.

Dieser, von den schlesischen deutsch-katholischen Blättern verursachte Verwirrung müssen wir uns nicht wundern, da dieselbe von den Abtrünnigen des Zentrums unterhalten wird.

Polnisches Volk! Lasse dich nicht irreführen! Deine Kandidaten sind: in Beuthen: Herr Major Schmula; in Ratibor: Herr Robota; in Rybnik: Herr Konrad; in Rattowitz: Herr Letocha; in Strehlitz: Rosel; Herr Stephan; in Gleiwitz: Herr Megner; in Oppeln: der Pfarrer Wolny; nur für diese Kandidaten darfst du stimmen!!

Vor Allem aber unterstütze die Wahl der Herren Schmula und Robota, weil dieselben die meisten Gegner haben, indem sich deine Feinde gegen sie verbunden haben.

Die Herren Guene und Matuszka haben nunmehr der Zentrumsparthei offen den Kampf erklärt und sind dem Beispiele des Herrn Schorlemer gefolgt. Zeige ihnen, polnisches Volk, daß du nicht Abtrünnige zu Abgeordneten haben willst.

Der Kandidat des polnischen und mährischen Volkes in Ratibor ist Herr Philipp Robota.

Der Kandidat des polnischen Volkes in Beuthen ist Herr Major Schmula.

Nur für diese Herren darf und muß die polnische Bevölkerung dieser beiden Kreise ihre Stimme abgeben.

Aus Nr. 22 der Praca (Beiblatt zum Katolik) vom 30. Mai 1893:

Beschwerden der Bergarbeiter.

Baildonhütte.

In Baildonhütte sollen sich zwei Menschen geschlagen haben; ich, der Geschlagene, weiß jedoch von einem Schlagen nichts und den Herrn Beamten habe ich nicht angerührt, denn dazu hatte ich gar keine Zeit. An meine Vertheidigung konnte ich gar nicht denken, denn der Beamte hat mich derartig gemißhandelt, daß ich vergaß, ein Mensch zu sein.

Der Sachverhalt ist folgender:

Während der Nachtschicht, gegen 11 Uhr Nachts vom 15. zum 16. März, erschien bei uns der Beamte p. Kniczkowski und verlangte, daß wir trotz der Kälte, Eisen sägen sollten. Ich wollte ihm vorstellen, daß dies nicht ginge, daß ein Unglück geschehen könne, wie dies bei dieser Arbeit schon vorgekommen sei, doch p. Kniczkowski ließ mich nicht einmal aussprechen. Gleich bei dem ersten Wort erhielt ich einen solchen Stoß von ihm, daß ich zur Erde fiel und wie leblos dalag; die ganze Hütte ist nämlich mit Blech ausge schlagen und eine ganze Reihe von Walzen lagen dort. Es fehlte nicht viel und ich hätte mich todtgeschlagen.

Dies genügte jedoch nicht; er wiederholte das noch sechsmal so schnell hintereinander, daß ich nicht einmal Zeit hatte, mich zu erheben, denn sofort lag ich wieder da. Als Zeugen können alle Hüttenarbeiter von der ganzen Strecke geladen werden; dieselben werden bestätigen, daß nicht ich den Beamten, sondern dieser mich gemißhandelt hat, daß ich nicht weiter arbeiten konnte, sondern gleich von der Schicht nach Hause gehen und am dritten Tage in das Lazareth zu Boguschütz überführt werden mußte, in welchem ich drei Wochen krank darniederlag.

Die Arbeit ist mir erst dann gekündigt worden, als p. R. eine polizeiliche Vorladung erhalten hatte.

Ein anderer Arbeiter wollte nur den p. R. fragen, wofür er mich schlage, er erhielt dieselbe Antwort wie ich und mußte am anderen Tage die Arbeit verlassen.

Ich frage nun, ist das Verfahren gerecht? Geziemt ein solches Verhalten gebildeten Leuten? Ich bin nicht der Erste, den dieser Beamte so gemißhandelt hat, er hat es wiederholt gethan und zerriß manchem Arbeiter dabei die Kleider.

(Solches Verhalten seitens der Beamten ist sehr tadelnswerth. Was denkt sich so ein Beamter? Ist denn der Arbeiter ein Sklave oder ein ihm verkaufte Stück Vieh? Wird durch solche Dinge die Eintracht zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern und Beamten gestärkt? Ist das christliche Liebe? Meine Herren Beamten, hören Sie auf mit dem Prügelein, denn bekanntlich hat der Stock zwei Enden. Und aus welchem Grunde hat denn der Arbeiter seine Arbeit verloren? Der Beamte hätte vielmehr bestraft werden müssen, denn er war der Schuldige. Dies wäre gerecht gewesen! Red. der Praca.)

Aus Nr. 23 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 6. Juni 1893.

Beschwerden der Bergarbeiter.

Bismarckhütte.

Die Verwundung des Beamten durch einen Schuß ist die Folge des locker gewordenen religiösen Geistes, welcher in der liberalen Erziehung der Jetztzeit seinen Ursprung hat. Die Herren Arbeitgeber haben zur Verbreitung dieses Geistes beigetragen, jetzt haben sie die Früchte davon. Gott wolle uns davor beschützen, — doch je mehr die Herren den Arbeiter quälen werden, desto größer wird die Wuth gegen sie, desto mehr Sozialisten werden wir haben. Viele der jetzigen Herren betrachten die Arbeiter als Maschinen, als Zugochsen, die weder Gott noch Glauben und den ihnen zustehenden Lohn brauchen, die nur Arbeit nöthig haben.

Und wie steht die Sache mit der Heeresvermehrung? Was ist das wieder für eine Dual für das Volk! Immer mehr Militär und Gewehre werden verlangt, und doch ist dies nicht der Zweck eines Staates, daß er möglichst viele Soldaten habe, sondern daß das Volk sich eines Wohlstandes erfreue und sich glücklich fühle.

Die Absicht der Heeresvermehrung rührt von der Eitelkeit her; sie läßt die Vorsehung und die Allmacht Gottes vergessen und setzt ihre ganze Hoffnung auf die menschliche Kraft, welche doch in Nichts zerfällt. Diejenigen, welche nur auf die menschliche Kraft hoffen und bauen, gehen unter. Ein wahrer Christ kann schon deshalb nicht für die Militärvorlage stimmen.

Z a b r z e.

In England sollen sich die Arbeiter die 8stündige Arbeitszeit nicht wünschen; vielleicht giebt es auch in Oberschlesien solche, die sich gegen die 8stündige Schicht erklären würden, weil sie der Ansicht sind, daß die für 11 und 12 Stunden 1 oder 2 Mark mehr erhalten würden. Wenn es jedoch gerecht zuginge, müßte jeder Arbeiter soviel verdienen, um mit seiner Familie ein genügendes Auskommen zu haben. Wir Arbeiter z. B. aus Königin Louiseuhütte wünschen uns eine 8stündige Schicht, weil unsere Arbeit schon so wie eine Saite auf der Geige gespannt ist. Mit Rücksicht also auf unsere Gesundheit müßte die 8stündige Schicht eingeführt werden, denn bei einer so schweren und langdauernden Arbeit ist es unmöglich, daß ein Arbeiter 70 Jahr alt wird und die Altersrente erhält. Wenn Altersrentenabzüge gemacht werden, so möge man uns doch solche Arbeit geben, daß wenigstens von hundert Grubenarbeitern einer es erlebte, daß er auf seine alten Tage eine Rente erhalte. Wir wünschen daher, der Vorstand des gegenseitigen Unterstützungsvereins solle wie in England abstimmen lassen, damit sich die Minister überzeugen, wie die Arbeiter es haben wollen. (Wenn die anderen Arbeiter es auch wünschen, so kann der Verein es thun. Red. d. Praca.)

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 22 der Gazeta Robotnicza
vom 3. Juni 1893.

W a h l a u f r u f.

Von dem Posener Wahlkomitee erhielten wir folgendes Schreiben, welches wir den Posener Genossen zur Beachtung dringend empfehlen:

Posener Genossen!

Wir machen unsere Genossen darauf aufmerksam, daß unsere in dem Speicherraum von Barlebenshof Nr. 8 belegene Wahlgeschäftsstelle vom 11. Juni d. J. ab von früh 7 bis Abends 8 Uhr täglich ununterbrochen geöffnet sein wird.

Wir ersuchen alle diejenigen Genossen, welche am Wahltage durch Vertheilung von Wahlzetteln oder durch Ausübung der Kontrolle thätig sein wollen, sich an uns zu wenden und sich schleunigst im Geschäftsraum zu melden.

Ferner erinnern wir unsere Genossen daran, daß wir am Sonntag den 11. Juni nochmals Wahlaufrufe unter die Wähler vertheilen werden. Wir ersuchen daher alle Genossen, welche bei der großen Tragweite der bevorstehenden Wahlen es als ihre heilige Pflicht betrachten, uns bei der Agitations-thätigkeit helfend zur Seite zu stehen, sich an dem genannten Tage um 4 Uhr Nachmittags pünktlich an der Geschäftsstelle einzufinden.

Am demselben Tage — am 11. Juni — Nachmittags 4 Uhr findet eine öffentliche Wählerversammlung statt.

Vorwärts also, Brüder und Genossen, mit Muth und Ausdauer, im Namen der Brüderlichkeit und Freiheit!

Das sozialistische Wahlkomitee.

Aus Nr. 22 der Gazeta Robotnicza
vom 3. Juni 1893.

Reichstagskandidaten für Schlesien.

Wir erinnern die oberschlesischen Arbeiter daran, daß für Schlesien als sozialistische Kandidaten folgende Arbeiter aufgestellt worden sind:

- 1) Für Ratibor: Karl Thiel-Breslau;
- 2) für Leobschütz-Neustadt: Hennig-Breslau;
- 3) für Falkenberg-Grottkau-Reiße: August Bebel-Berlin;
- 4) für Beuthen-Tarnowitz: Stephan Thiel-Berlin;
- 5) für Rattowitz-Zaborze: Franz Merkowski-Berlin;
- 6) für Pleß-Rybnik: Franz Andrzejewski-Berlin;
- 7) für Kreuzburg-Rosenberg-Groß-Strehlitz-Kosel: Krzymieniecki-Breslau;
- 8) für Lublinitz-Tost-Gleinitz: Wolny-Breslau;

Aus Nr. 124 des Oredownik vom 3. Juni 1893:

Die sozialistische Thätigkeit in Posen.

Man berichtet uns, daß sich die Sozialisten am künftigen Sonntag während der großen Prozession an allen Thoren der Stadt aufstellen werden, um dem herbeiströmenden Landvolke sogenannte Aufrufe aufzudrängen. Ganz Packete dieser Aufrufe lagern in einem Hause vor dem Berliner Thor. Schon jetzt geschieht die Massenvertheilung in der Stadt, in Serfz und Wilda; ja, angesehenen Bürgern, die in den Glacis sich zur Ruhe niederlassen, steckt man die Zettel zu.

Aus dem Militärprojekt und dem gegenwärtigen Wahlkampf wird Kapital geschlagen. Unser Mittelstand befindet sich unter dem doppelten Druck unserer Komitee's und der Sozialisten. Möge darum ein Jeder Geistesgegenwart bewahren und treu zur Kirche und zur nationalen Sache stehen!

Aus Nr. 126 des Dziennik Poznański
vom 6. Juni 1893.

Sozialistische Rührigkeit.

In den Posener Landkreisen ziehen zahlreiche sozialistische Agitatoren umher, um die Landbevölkerung zur Stimmenabgabe für den sozialdemokratischen Kandidaten, Tischler Morawski aus Berlin zu bewegen. Auf diese Thätigkeit der sozialistischen Agitation machen wir die Vertrauensmänner des Kreiswahlkomitees der beiden Posener Kreise, sowie überhaupt aller betreffenden polnischen Wähler hierdurch aufmerksam.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 122 der Nowa Reforma
vom 31. Mai 1893:

Der Wahlkampf in den polnischen Landestheilen.

Posen, den 28. Mai.

Die Wahlbewegung ist bei uns in vollem Gange. Am heutigen Tage werden in verschiedenen Theilen des Großherzogthums und Westpreußens sogar 19 polnische Wahlversammlungen abgehalten. Alle diese

Versammlungen nehmen einen würdigen Verlauf und Jedermann ist es gestattet, frei seine Meinung zu äußern. Nur in der Hauptstadt Großpolens kam es zu bedauernswerthen Auftritten; nur hier wurden zwei Wahlversammlungen buchstäblich durch Lärm und Geschrei zur Auflösung gebracht, was zur Folge hatte, daß das Komitee, gestützt auf die Meinung der Freunde der Ordnung, auf die Einberufung einer dritten Versammlung Verzicht leistete und im Sinne des Wahlreglements selbstständig folgende Kandidatenliste aufstellte:

- 1) Herr St. Cegielski, 2) Propst Dr. Jazdzewski, 3) Herr Leon v. Gzarlinski.

Angeichts des Terrorismus, den der Redakteur des Drendownik ausübte und öffentlich anempfohl, gab es für das Komitee keinen anderen Ausweg, da es keinem Zweifel unterliegt, daß die von Herrn Dr. Szymanski irrefeleiteten Massen auch die dritte Versammlung gesprengt hätten. Thatsächlich kündigt der Drendownik für den Wahltag die Seceßion an; doch ist er noch um die Parole verlegen. Alle durch ihn nominirten Gegenkandidaten Herrn Cegielski's lehnten jede Mitwirkung an der anarchistischen Thätigkeit des Drendownik ab, und weigerten sich, aus dessen Händen eine Kandidatur entgegenzunehmen.

Die Hege des Drendownik erfuhr auch in der für die beiden Landkreise, welche zugleich mit der Stadt Posen denselben Vertreter in den deutschen Reichstag zu entsenden haben, anberaumten Wahlversammlung eine völlige Ablehnung, da bei der Abstimmung sich kaum neun Hände gegen die Kandidatur Cegielski erhoben. Als sodann die offizielle Kandidatenliste aufgestellt wurde, erklärte ein Gegner aus den Handwerkerkreisen, daß er angesichts dieses Resultats sich dem Votum der Mehrheit fügen und für denjenigen Herrn stimmen werde, den die Delegirtenversammlung in Uebereinstimmung mit dem Provinzial Wahlkomitee als Kandidaten aufzustellen beabsichtige.

Obgleich also die Seceßion für Posen im Bereiche der Möglichkeit liegt, berechnet man die Zahl der Parteigänger derselben auf kaum 1500. Diese Minderheit dürfte nicht hinreichen, den Deutschen den Sieg in die Hände zu spielen.

Es ist bei uns schon als ein wahres Unglück zu bezeichnen, daß der „scheinbare Schützer des Mittelstandes“ alles am verkehrten Ende anfaßt und dadurch seiner eignen Sache schadet. Da er nun als Verfechter der Militärvorlage eintrat, war er diesmal thatsächlich nicht bereit, unsere Gesellschaft vor der Neubelastung zu schützen. Lediglich selbstsüchtige Triebfedern veranlaßten ihn, es der polnischen Fraktion zum Vorwurf zu machen, daß deren Beweggründe bei der Abstimmung nicht die rechten gewesen seien. Daher auch jene wahn sinnige Opposition, jene politische Händelsucht, die gegenwärtig dem Urheber derselben bereits die Wahrheit des Sprichworts vom Pfeil, der auf den Schützen zurückspringt, unangenehm bemerkbar macht. Die Posener gebildeten Kreise meiden und ignoriren nämlich bereits den Händelstifter.

Grade inmitten dieser Posener Intelligenz gab es viele Gegner des letzten Verhaltens der polnischen Fraktion; doch konnte diese gebildete Gegnerschaft infolge des unerhörten Terrorismus der Schreihälse vom Schlage des Drendownik überhaupt nicht zum Worte kommen und darum überlegt man gegenwärtig in diesen Kreisen, in welcher Form man sich vor der wüsten Arbeit des städtischen Maulheldenthums schützen könne.

Die traurigen Posener Ereignisse wirkten auf die ganze Provinz in für uns erwünschter Weise. Die Arbeit der Posener Schreihälse lähmte in der Provinz jede entschiedene Opposition gegen die von unserer Reichstagsfraktion in den letzten Tagen befolgte Politik, da überall mit Ausnahme von Bromberg

seitens der Wähler die Wiederwahl der hervorragendsten Vertreter der sogenannten „Vergleichspolitik“ beschlossen wurde, und das infolge des Ein drucks, den die Posener Skandale nothgedrungen allgemein hervorrufen mußten. Das ist die traurigste Frucht der politischen Methode des Drendownik, dessen Redakteur man im patriotischen Lager für die folgenschwere Bewegung ausnahmslos verantwortlich macht, da derselbe durch seine Thätigkeit der sich selbst widersprechenden Hofspartei zum Siege verhalf. Nur hier und da nahm die Wählerschaft der Provinz eine der vom Posener Komitee aufgestellten ähnliche Resolution an, welche die Forderung enthielt, daß uns die Abgeordneten für die Zukunft vor jeder Mehrbelastung zu schützen hätten. Durch die Proklamirung der Anarchie und die Erhebung derselben zum politischen Programm kann man nichts Positives erreichen, im besten Falle die traurige Berühmtheit eines Herostatus. In unserer Lage vor Allem ist die Störung der nationalen Einmüthigkeit von unerhört gefährlicher Bedeutung, wenn man bedenkt, daß die Deutschen nur darauf lauern. Auch im gegenwärtigen Wahlkampfe ist die allgemeine Losung der Deutschen: „Gegen Polenthum und Sozialismus!“ Die verschiedenartigsten Parteien und politischen Schattirungen vereinigen sich, um dem polnischen Kandidaten den Sieg unmöglich zu machen, und sogar die Mitglieder jenes agrarischen Bundes, von welchem sich verschiedene unserer Agrarier soviel für die Wahlen versprochen, entschlossen sich, lieber einem Antiagrariier als einem Polen ihre Stimmen zu geben. Hieraus ergibt sich für uns die Lehre, daß wir die Pflicht haben, unsere inneren Kämpfe unter uns auszutragen, daß es jedoch gilt, geschlossen und diszipliniert an die Wahlurne zu treten, was bei einer Sezession eben unmöglich ist.

Die von Berlin aus geleiteten, durch die auf rührerische Thätigkeit des hiesigen Kleon kühn gemachten Posener Sozialisten, rechnen für die künftigen Wahlen auf großen Zulauf. Für alle Wahlkreise haben sie bereits eigene Kandidaten ernannt und bemühen sich ganz besonders, ihren Ideen unter der ländlichen Bevölkerung Eingang zu verschaffen. In der letzten gesprengten Posener Wahlversammlung vereinigten sie ihr Toben mit dem der Schreier des Herrn Szymanski und gedenken heut Nachmittag eine eigene Versammlung abzuhalten. Vor drei Jahren vereinigten sich auf ihren Kandidaten 400 Stimmen; der 15. Juni wird erweisen, ob diese Zahl nunmehr eine Steigerung erfahren hat. In jedem Falle hat die verheerende Thätigkeit Dr. Szymanski's ihren Zielen Vorschub geleistet.

In Westpreußen hat das Zentrum in manchen Wahlkreisen einen Mangel an Loyalität uns gegenüber gezeigt, indem es eigene Kandidaten aufstellte, die durchaus keine Aussicht auf Erfolg haben.

In Ermland dagegen stimmten die Polen für die Kandidaten des Zentrums, welche in den entsprechenden Vorversammlungen in polnischer Sprache sich feierlich verpflichteten, die berechtigten Interessen der polnischen Bevölkerung besonders in sprachlicher Beziehung zu schützen.

In dem Wahlkreise Danzig Stadt und Land haben die Polen einen Zählkandidaten aufgestellt.“

Aus Nr. 128 des Oredownik
vom 8. Juni 1893:

Eine Stimme aus Galizien.

Krakau, im Juni.

Geehrter Herr Redakteur! In der Untersuchung über Ihre todesmuthige Attaque gegen die Hofspartei begreifen, weiß ich nicht, ob sich der Sieg auf Ihre Seite neigen wird. Gleichwohl haben sie recht gethan, den Kampf einzuleiten. Da ich Ihnen nach Möglichkeit behülflich sein möchte, übermittele ich Ihnen einige Nachrichten, die geeignet sind, die von der Hofspartei erstrebten Endziele zu kennzeichnen. Was ich Ihnen schreibe, weiß ich aus eigener Anschauung. Ich wurde ebenfalls zur Betheiligung an dieser polnischen Vereinigung eingeladen und war eine Zeit lang Mitglied. Da ich jedoch zu der Einsicht gelangte, daß die Oesterreicher nur darauf bedacht sind, die Polen geradezu auszunutzen, daß sie dagegen zu Gegendiensten sich nicht verpflichten wollen, trat ich aus, unterhalte jedoch mit gut unterrichteten Personen stete Beziehungen.

Da entbrannte der heiße, ungewohnte Wahlkampf in dem geliebten Großpolen, dem Horste des weißen Adlers. Und dieser Kampf hat sich diesmal nicht zwischen Deutsch- und Polenthum, sondern im Schoße des letzteren entsponnen. Es könnte scheinen, daß jeder Bruderzwist vom Uebel ist und es ist auch in der That so. Dies Uebel ist jedoch in unserem Falle ein unvermeidliches, wenn wir es nicht zur völligen Niederlage, zum Ruin kommen lassen wollen. Sobald ein Theil der Brüder das Vaterland geringachtet und auf dessen Untergang hinarbeitet, darf der andere zum Schutze bereite Theil auch selbst den Bruderkampf nicht scheuen.

Vor einiger Zeit meldete ich dem „Drendownik“, daß die Politik unserer Hofspartei von Galizien aus auf Großpolen übertragen worden sei. Dort arbeitet nach demselben Muster die sogenannte „Krakauer Partei“ unter der Losung: „Bei Dir Majestät stehen wir und wollen wir ausharren!“

Ich erwartete nicht, daß Herr Cegielski sobald die Wahrheit meiner Worte bestätigen und zugeben würde, „daß man in dieser Frage mit sämtlichen maßgebenden Persönlichkeiten aller polnischen Landestheile in Verbindung getreten sei.“ Wir kennen diese Autoritäten, die sowohl bei Euch, als bei uns sich aus denselben Sphären rekrutiren. Wir wissen jedoch noch mehr und lenken Eure Aufmerksamkeit, geliebte großpolnische Brüder, darauf, um Euch zum Bewußtsein zu bringen, was die Hofspartei ohne Euer Vorwissen über Euch beschlossen hat und wie Ihr zum Opferlamm ausersehen seid!

Welche Verheißungen macht man uns für den Fall, daß wir nicht allein in den Reihen der Oesterreicher gegen den Osten ankämpfen, sondern als Galizier auch die Rolle österreichischer Spione spielen und unsere russischen Landsleute geneigt machen wollen, die in Rußland einrückenden Oestreicher als Befreier zu empfangen! Für diesen Fall verspricht man uns, den Sieg vorausgesetzt, — hier liegt der Hund begraben, — die Aufrichtung eines gewissen Polenreichs mehr im Interesse Oesterreichs als Preußens, welches letztere Großpolen als Siegespreis behalten soll.

Das ist das Geheimniß der Hofspartei! Ihr sollt nicht allein Preußen einverleibt bleiben, sondern Preußen werden; daher die große Eile in der An siedelungskommission und andere Euch bekannte

Sachen. Rechnet also nicht auf Wälderungen und glaubt Jenen nicht, da die Hofpartei nichts erreichen wird noch kann. Die preussische Regierung kann mildere Saiten aufspannen, wird jedoch nie gegen das eigene Interesse handeln.

Für den Verständigen genügt ein Wort! Wehrt Euch also! Besser keine Abgeordneten, als solche, die Euch ein derartiges Schicksal bereiten wollen!"
N. N.

Die durch den geehrten galizischen Korrespondenten angeregte Angelegenheit ist ebenso wichtig als alt; jedoch unsere Blätter vermeiden es mit Vorbedacht, die Sache zu berühren, da sie nicht wissen, in welcher Form sie an dieselbe herantreten sollen. Sowohl in Polen als in der Provinz sind diese Verhältnisse bekannt; es sind verschiedene Ansichten darüber verbreitet, ja man unterhält sich sogar damit, Gesellschaften zu bilden, die auf die künftige Gestaltung Polens hinarbeiten sollen. Da der Abgeordnete Segielski es für angebracht gehalten hat, auf einer öffentlichen Versammlung zuzugeben, daß die gegenwärtige Haltung der Fraktion ein Ausfluß der mit den maßgebenden Landsleuten der andern beiden polnischen Landestheile gepflogenen Berathungen sei, da also die ganze Frage auf internationales Gebiet hinübergespielt worden ist, muß es als heutige Pflicht unserer Presse gelten, dieser Angelegenheit näher zu treten. Daß unsere Hofpartei einmüthig und bewußt einen künftigen Krieg gegen Rußland in den Kreis ihrer Berechnungen zieht, bezeugen verschiedenartige Rundgebungen und Erscheinungen.

Für uns Polen unter preussischer Herrschaft kann ein künftiges Polen erst in zweiter Linie stehen. Den Vordergrund nimmt unsere Lage und die Zukunft unserer Bevölkerung unter dem Scepter der Hohenzollern ein. Nur von diesem Standpunkt aus läßt sich der für die Politik unserer Hofpartei wichtige internationale Beweggrund richtig beurtheilen. Wenn in der That die augenblickliche preussische Loyalität Herrn v. Koscielski's und seiner politischen Freunde sich auf einen erhofften Krieg gegen Rußland gründet, so ist diese Loyalität also eine bedingte, da sie sich nach dem Grade richtet, in welchem Preußen die Hoffnung auf ein künftiges Polen erfüllen zu wollen sich den Anschein giebt. Diese jeder positiven Grundlage entbehrende, grenzenlose, zwischen übertriebenem Nationalgefühl und Bedientenhaftigkeit hin- und her schwankende Politik kann der preussischen Regierung keine Garantie bieten und muß das polnische Volk in verhängnißvolle Verwickelungen und Unruhe stürzen. Mit einer so gearteten Loyalität und so aufgefaßtem preussischen Unterthänigkeitsbewußtsein kann das Polenthum unter keiner Bedingung einverstanden sein. Unsere Auffassung dieser Pflichten bewegt sich genau innerhalb des Rahmens der preussischen Verfassung.

Wir sind unter Zugrundelegung der Bedingungen des Wiener Friedens durch Raub preussische Unterthanen geworden, denen durch genanntes Traktat freie Aeußerung der Religion und des Volksthum's zugestanden wurden und denen durch die preussische Verfassung unter dem Schutze des göttlichen, angeborenen Rechts bürgerliche Gleichberechtigung gewährleistet worden ist. Dieses Verhältniß legt uns die Pflicht auf, allen aus der preussischen Staatszugehörigkeit sich ergebenden Obliegenheiten nicht zeitweise, sondern unbedingt und ständig nachzukommen. Es darf uns hierbei nicht die Rücksicht darauf leiten, ob der Dreibund Polen aufrichten werde oder nicht, ob Berlin uns die durch Bismarck geraubten nationalen Rechte wieder gewähren werde oder nicht, ob endlich die von Herrn v. Koscielski verheißenen Wälderungen

eintreten werden oder nicht. Wenn wir unsre Pflichten gegenüber der preussischen Krone so auffassen, so erwerben wir dadurch das Recht, von der Regierung das zu fordern, was die obenangeführten Rechtstitel uns als Polen und Katholiken zusprechen, so erwächst uns ferner die andre Berechtigung, der preussischen Regierung in legaler Opposition entgegentreten zu können, falls sie uns unsrer Ueberzeugung nach Unrecht thut.

Das ist der klare und richtige Standpunkt, der uns persönliche Würdigung und Schonung unserer nationalen Interessen verspricht.

Wenden wir uns nunmehr der von der Hofpartei empfohlenen Gattung preussischer Loyalität zu, welche ihren Stützpunkt in jenem internationalen Motive sucht. Welche Folgen müssen sich für uns als preussische Unterthanen daraus ergeben?

Wenn jenes neue, durch einen russischen Krieg entstandene Polenreich in erster Linie Oesterreich zu Gute kommt, so ergiebt sich hieraus, daß, wie der Krafauer Brief ausführt, Preußen unser Großherzogthum nicht herausgeben und unser Verhältniß unverändert daselbe bleiben wird. Wenn die Hofpartei trotzdem sowohl in Galizien als auch bei uns ihre Loyalität in der Form üben sollte, daß sie den österreichisch-polnischen Soldaten auferlegt, unsere Brüder im Zarenreiche zu bewegen, sie als ihre „Erretter“ zu empfangen, wird man dann in Wien oder in Berlin urtheilen, daß die Polen Galiziens zu verlässige Unterthanen der Habsburger und die preussischen Polen treue Anhänger der Hohenzollern seien? Eher wird man behaupten, daß überhaupt keine Regierung mit dem Polenthum rechnen könne, da zu befürchten stehe, daß es bei unglücklichem Ausgange des Krieges die an der Warthe oder in Lemberg die Oberhand behauptenden Kosaken ebenso als seine „Retter“ begrüßen werde, wie es gegenwärtig die die Grenze überschreitenden österreichischen Heerschaaren als „Befreier“ aufnehmen soll. Wie in Wien so sagt man sich in Berlin in diplomatischen Kreisen, daß die ganze nach dem Rezept der beiderseitigen Hofparteien zusammengebraute loyale Politik keinen Pfifferling werth sei, da diese polnischen Unterthanen jedes fremde Heer als „Retter“ begrüßen, gegen jede Regierung konspiren und jeden Herrn verrathen würden, sobald sich ihnen Gelegenheit dazu biete.

In Wien und Berlin werden die Lakaiendienste sowohl der einen als der andern Hofpartei gern gesehen, doch weiß man, daß diese „Loyalisten“ sich lediglich zu einer Art agents provocateurs eignen, die ihre eigne Nation zur Empörung gegen die betreffende Regierung aufzuheizen geschickt sind. Einen solchen und keinen andern Werth hat auch die ganze preussische Loyalität der Herren, die heut mit den Kosaken schrecken und den „Krieg gegen den Osten“ predigen. Eine Loyalität dieser Art zerstört jede politisch-rechtliche Grundlage, die uns etwa die Möglichkeit bieten würde, an der Erhaltung unserer Nationalität zu arbeiten.

Wir sind noch nicht zu Ende. Diese Loyalität zerstört das Fundament, auf welchem das Volk in friedlicher, innerer Arbeit gesellschaftlich erstarken und sich sammeln könnte. Mit Gottes Hilfe ist man zu der einmüthigen Anschauung gelangt, daß die polnische Nation in allen drei Landesheilen ihre Pflichten gegen die betreffenden Regierungen anzuerkennen habe, und daß man mit der unglückseligen Idee brechen müsse, daß nach je 25 Jahren der Nachwuchs zur Empörung gegen die Regierung zu schreiten habe, um die revolutionäre Tradition aufrecht zu erhalten und gewisser-

maßen durch die Bluttaufe mit neuem Nationalgefühl erfüllt zu werden. Gesundere Anschauungen fingen an, alle helleren Köpfe zu durchdringen. Diesen politischen Gewinn macht die Hofspartei in Oesterreich und bei uns zuschanden, indem sie die Loosung ausgiebt, daß unsre Brüder im Zarenreiche sich gegen ihren Herrn zu erheben und die österreichischen Heere als „Retter“ zu begrüßen hätten.

Vor Kurzem hat sich Jemand treffend dahin geäußert, daß die Hofspartei durch ihre Predigt vom Kriege gegen den Osten die polnische Nation dazu verführe, die Finger zwischen die Thür zu halten, damit diese daselbst zerschmettert würden. Das ist richtig. Wie auch der künftige Krieg ausfallen möge, Berlin und Wien werden stets mit Petersburg rechnen und sich verständigen; wir werden dabei nur als Bausteine in Betracht kommen. Herrn

v. Koscielski wird Niemand befragen, ja er wird nicht einmal als politische Null angesehen werden. Wenn er in Versammlungen Allegorien von Saaten und Ernten aufstafelt, so kann kein vernünftiger Pole dieselben für etwas anderes als für *Ausflüchte* halten.

Wir haben dargethan, wonach die Politik unserer Hofspartei riecht, was jene Andeutungen besagen, mit denen uns Herr Cegielski fangen wollte, als er von den mühevollen, anstrengenden Verhandlungen zwischen den maßgebenden Personen der drei polnischen Landestheile sprach. Darum wiederholen wir: „Jede legale Loosung, die die Sprengung der Hofspartei herbeiführt, ist gut!“

Redigirt von Zacher, Polizeirath.

Königlicher Polizei-Präsident von Nathusius.

